



Gemeindehilfspaket / GVV Burgenland

Gefordertes Gemeindehilfspaket nur teilweise erfüllt

GVV Präsident Trummer sieht damit aber Position für die Besoldungsreform in Gemeinden und des BMV-Budgets mit einer Corona-Mehraufwandsabgeltung von 3,5 Mio. Euro bestätigt

Eisenstadt, 20.12.2020 - Der GVV Burgenland forderte seit Monaten eine 100 %-ige Abgeltung des Corona-Einnahmenausfalles mit einem dringend notwendigen Gemeindehilfspaket in der Höhe von mindestens 70 Mio. Euro für die burgenländischen Gemeinden. Wenigstens rund 19 Mio. Euro werden nun vom Bund als „frisches Geld“ für die burgenländischen Gemeinden bereitgestellt. Zusätzlich werden im Jahr 2021 rund 31 Mio. Euro als Vorschüsse bei den Ertragsanteilen für die Jahre ab 2023 vorgezogen, die von den Gemeinden also wieder zurückbezahlt werden müssen. GVV Präsident Erich Trummer: „Mit diesen teilweisen Einnahmenausfall ist zumindest die Liquiditätssicherung der Gemeinden gewährleistet. Es fehlen uns aber noch immer über 50 Mio. Euro ‚frisches Geld‘ für eine 100 %-ige Abgeltung des Einnahmenausfalles. Jedenfalls ist aber die Einführung des Mindestlohnes bzw. der Besoldungsreform in den Gemeinden endgültig gesichert und auch die Position der SPÖ-Gemeinden für das Müllverbandsbudget mit einer Corona-Mehraufwandsabgeltung von 3,5 Mio. Euro ist damit bestätigt.“



Der GVV Burgenland sieht mit seiner permanenten Hilfsforderung im Verursacherprinzip an den Bund und dem aktuellen teilweisen Nachgeben der Bundesregierung einen Teilerfolg. 64 burgenländische Gemeinden richteten die vom GVV Burgenland verfassten Resolutionen an den Bundeskanzler und Finanzminister. Während die ÖVP ständig das Land für die Einnahmehausfälle zur Kasse bitten wollte, hat sich der Druck des GVV Burgenland an den Bund zumindest teilweise ausgezahlt. Alle Studien und Prognosen zeigen mehr als deutlich, dass es für die Gemeinden enorme finanziellen Folgen der Corona-Krise gibt. Kumuliert 2020 und 2021 ein bundesweites Minus von rund 2,5 Mrd. Euro (ohne die Bundeshauptstadt Wien). „Die jetzt zugesagten 500 Mio. Euro ‚frisches Geld‘ und 1 Mrd. Euro Bundeskredit sind Notfallinjektionen, es braucht aber noch weitere Finanzspritzen, um die nachhaltige Daseinsversorgung für die Bürgerinnen und Bürger abzusichern“, stellt Trummer klar.

Dabei profitieren die burgenländischen Gemeinden bei der aktuellen Finanzausgleichszusage des Bundes noch überproportional, weil 100 Mio. Euro von den 500 Mio. Euro „frischem Geldes“ in den Strukturfonds für finanzschwächere Gemeinden und Abwanderungsgemeinden fließen. Der bei den letzten Finanzausgleichsverhandlungen vor allem vom GVV Burgenland durchgesetzte Strukturfonds, von dem die burgenländischen Gemeinden mit jährlich 7,7 Mio. Euro überproportional profitieren, dämpft zumindest das historische West-Ost-Gefälle bei der Ertragsanteilsverteilung in Österreich. Auch diese GVV Burgenland-Initiative macht sich nun doppelt bezahlt.

Langfristige Finanzierung durch Vermögenssteuern

„Für die burgenländischen Gemeinden fordere ich zum wiederholten Mal frisches Geld ohne Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Unsere MitarbeiterInnen leisten vor allem auch in dieser Krise Unmenschliches und unsere Leistungen zur Systemerhaltung wie zB. Kinderbetreuung, Wasser- und Kanalinfrastruktur oder Winterdienst, aber auch die Organisation der Massentests werden verlässlich durchgeführt. Ihnen gilt mein besonderer Dank“, erläutert Trummer weiter. Das dafür erforderliche „frische Geld“ soll seiner Meinung nach von jenen kommen, die in der Krise profitieren. „Eine faire Digitalsteuer, eine wirksame Finanztransaktionssteuer sowie Vermögenssteuern sind aktuell das Gebot der Stunde“, so der GVV-Präsident abschließend.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an: Bgm. Erich Trummer (0664/460 53 19)

GVV Burgenland

Patrick Hafner, MA
2. Landesgeschäftsführer

t: +43 (0) 664 87 89 720 | e: patrick.hafner@gvvgld.at
w: www.gvvgld.at

Dateianhang: IMG_2571-(3).jpg